

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Zeit für einen Kohlenstoff- Abolitionismus!

Von Dr. Steffen Bauer,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
und
Dr. Bernd Sommer,
Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI)

Die aktuelle Kolumne

vom 11.04.2011

Zeit für einen Kohlenstoff-Abolitionismus!

Bonn, Essen 11.04.2011. Angesichts der aktuellen Fokussierung auf die energiepolitischen Konsequenzen der Fukushima-Katastrophe ist aus dem Blickfeld geraten, dass auch das global dominierende fossile Energie-Regime in den vergangenen Jahren zusehends Legitimität eingebüßt hat. Weltweit mehren sich die Stimmen, die seine Überwindung fordern. So ist speziell im Kontext der internationalen Klimapolitik unter Politikern, Umweltverbänden, Kirchenvertretern und auch einem Teil der Wirtschaftseliten ein globales Empörungspotenzial sicht- und hörbar geworden, das sich aus der begründeten Angst vor einem anthropogenen Klimawandel sowie dem Festhalten am fossilen Wirtschafts- und Wachstumspfad speist.

Dies lässt sich auch durch die Ergebnisse repräsentativer Umfragen wie dem *World Values Survey* empirisch belegen: Danach sehen von über 60.000 Befragten aus 49 Ländern fast 90 % die globale Erwärmung als ernstes oder sehr ernstes Problem. Bemerkenswert ist dabei, dass nicht nur in der Summe, sondern auch in jedem einzelnen Land – einschließlich der USA und China – die große Mehrheit der Befragten diese Ansicht teilt. Auch die wieder entfachte Debatte über die „Grenzen des Wachstums“ und die Eignung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als zentraler Messgröße des Wohlstands moderner Volkswirtschaften sind Ausdruck eines globalen Wertewandels in Richtung Nachhaltigkeit. Anders als noch in den 1970er und 1980er Jahren werden diese Debatten heute unabhängig von der politischen Couleur und auf höchster politischer Ebene geführt.

Ein Blick in die Geschichtsbücher legt einen Vergleich mit dem Kampf gegen Sklaverei und Sklavenhandel zu Beginn des 19. Jahrhunderts nahe. Die Ausbeutung von Sklavenarbeit war damals so selbstverständlich wie heute der Verbrennungsmotor oder Kohlekraftwerke. Der Besitz von Sklaven war gesellschaftlich akzeptiert, die wirtschaftliche Bedeutung der Sklavenarbeit, z. B. auf den amerikanischen Tabak- und Baumwollplantagen, ähnlich zentral wie billiger Strom für die heutige Industrieproduktion. Als engagierte Philanthropen, wie etwa in England William Wilberforce, Granville Sharp oder Thomas Clarkson, angetrieben durch moralische und ethische Überzeugun-

gen sowie eine daraus erwachsende emanzipatorische Vision, gegen Ende des 18. Jahrhunderts begannen die Legitimität der Sklaverei grundsätzlich in Frage zu stellen, sollte dies zum Anfang vom Ende der staatlich sanktionierten Sklaverei werden. Binnen weniger Jahrzehnte wuchs der Abolitionismus auf beiden Seiten des Atlantiks zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung, die den Status Quo nachhaltig überwand.

Der Vergleich mag auf den ersten Blick hinken, die Parallelen zur weltweit wachsenden Klimaschutzbewegung sind dennoch – ein Vierteljahrhundert nach Einrichtung des „Weltklimarats“ IPCC und fast zwanzig Jahre nach Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen – kaum noch von der Hand zu weisen. Während viele Entscheider in Politik und Wirtschaft aus ökonomischen Erwägungen, Wettbewerbsgründen und der Sorge um die Energiesicherheit noch am fossilen Regime festhalten, findet eine wachsende Gruppe heterogener gesellschaftlicher Kräfte die befürchteten Auswirkungen des Klimawandels nicht nur Besorgnis erregend, sondern speziell auch mit Blick auf arme Länder und zukünftige Generationen moralisch unverantwortbar.

Wie beim Abolitionismus ist die Voraussetzung für einen radikalen Wandel, wie ihn die Abkehr von fossilen Energieträgern zweifellos darstellen würde, dass ein bestimmter gesellschaftlicher Zustand von einer breiten Mehrheit als moralisch wie politisch nicht (mehr) tragbar angesehen wird. Die Erfahrungen des Abolitionismus und anderer gesellschaftlicher Transformationsprozesse lehren aber auch, dass ein bloßer Bewusstseins- und Wertewandel nicht zwangsläufig zur tatsächlichen Änderung der individuellen und sozialen Praxis führt. So belegen gerade mit Blick auf das gewachsene Umweltbewusstsein zahlreiche Studien aus dem Bereich der Umweltpsychologie eine große Kluft zwischen Einstellungen und Verhalten: ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein geht nicht notwendigerweise mit einem Ressourcen schonenden Lebensstil einher. Im Gegenteil haben gerade besonders problembewusste Menschen – zumeist Angehörige gebildeter und wohlhabender Mittel- und Oberschichten – häufig einen besonders großen „ökologischen Fußabdruck“.

Gleichwohl hat die Transformationen zu einer

klimaverträglichen Gesellschaft bereits begonnen. Wie einst die Abolitionisten arbeiten seit mehr als zwei Jahrzehnten bereits engagierte Pioniere des Wandels an vielen Orten der Welt auf den verschiedensten politischen und sozialen Ebenen an einer Dekarbonisierung des globalen Energiesystems, einer klimaverträglichen Stadtentwicklung oder emissionsmindernder Landnutzung: die „Stromrebell“ aus Schönau im Schwarzwald, die als Bürgerinitiative begannen und heute bundesweit Ökostrom anbieten, oder die dänische Insel Samsø, deren Energieversorgung inzwischen komplett auf Erneuerbaren Energien basiert; globale Netzwerke von Bürgermeistern – wie das *World Mayors Council on Climate Change* oder die *C40 Cities Climate Leadership Group* – die gemeinsam an der Reduktion von Treibhausgasen durch nachhaltige Urbanisierungsstrategien arbeiten; regierungsunabhängige Initiativen wie der *Forest Stewardship Council (FSC)* zertifizieren weltweit Holz- und Papierprodukte aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft, um nur einige Beispiele zu nennen.

All dies reicht noch nicht aus, um das fossile Regime nachhaltig zu erschüttern oder gar zu ersetzen. Die Pioniere sehen sich wirkungsmächtigen Interessengruppen und Vetospielern gegenüber, die die Kosten und Folgekosten der etablierten Wirtschaftsweise weiterhin auf zukünftige Generationen und ärmere Teile der Weltgesellschaft dis-

kontieren, um im Hier-und-Jetzt Profit zu machen. Wie einst die Sklavenhalter (oder aktuell die Befürworter der Kernenergie) geraten aber die Siegelbewahrer einer fossilen Weltwirtschaft zusehends in die Defensive.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat in seinem aktuellen Gutachten „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ verschiedene Maßnahmenbündel skizziert, wie sich die fossilen Blockaden beseitigen lassen und die Pioniere einer nachhaltigen und klimaverträglichen Weltgesellschaft aus ihren Nischen in den Mainstream geführt werden können. Dabei geht es nicht nur um den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, sondern z. B. auch um die Erweiterung gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Festschreibung des Klimaschutzes als Staatsziel und die obligatorische Überprüfung der Klimaverträglichkeit von Investitionsentscheidungen. Das Gutachten zeigt, dass eine solche Transformation keine Utopie bleiben muss, sondern tatsächlich realisiert werden könnte: sie ist nicht nur technisch machbar, sondern auch wirtschaftlich finanzierbar und entwicklungspolitisch sinnvoll. Es fehlt allein am politischen Willen, getragen von einer breiten sozialen Bewegung des Kohlenstoff-Abolitionismus, die Fesseln des fossilen Regimes endgültig zu sprengen!



Dr. Steffen Bauer
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)



Dr. Bernd Sommer
Kulturwissenschaftliches
Institut Essen (KWI)